

reits aufgehoben. Dabei mußte sie eine kurzfristige Übergangsregelung vorsehen, um Betriebe, die den der Verordnung Gebrauch gemacht haben und die in ihnen beschäftigten Arbeiter vor Schäden zu bewahren. — Die schwierige Lage unserer Wirtschaft und die weit verbreitete Kurzarbeit hat die Arbeitseinkommen tief herabgedrückt. Eine weitere allgemeine Senkung ist weder sozial erträglich, noch wirtschaftlich zweckmäßig.

Die Reichsregierung bekennt sich zur Sozialversicherung. Sie wird alles tun, um die Versicherungsträger leistungsfähig zu erhalten. Dem Zwang zur Einfachheit und Sparsamkeit wird sich auch die Sozialversicherung nicht entziehen. Die Organisation der Arbeitslosenhilfe, wie sie jetzt ist, kann nicht beibehalten. Die Reichsregierung will die Spannungen, die hier bestehen, beseitigen, die Beitragsschwerlast zu ihrem Recht kommen lassen und die vertrauensvolle Zusammenarbeit aller beteiligten Körperschaften herbeiführen. Ich weiß sehr wohl, welche Not heute unter den Millionen von Arbeitslosen, Sozialrentnern, Kleinrentnern und Kriegsoptionen herrscht. Auch beim besten Willen wird es uns nicht gelingen, diese Not in den nächsten Monaten völlig zu beseitigen. Ich werde aber alle meine Kräfte einsetzen, um die Not im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen zu mildern und namentlich unbillige Härten zu beseitigen. Ich hoffe dabei auf die Mithilfe und die Opferbereitschaft aller, die vor der schlimmsten Not bewahrt geblieben sind.

Als besondere Winterhilfe

wird von der Regierung folgendes veranlaßt werden: Sie wird vor allem die Frischfleischversorgung verstärken und, wie im Vorjahre, über die Hilfsmittel der Kohlenräucherer und der Reichsbahn hinaus eine weitere Verbilligung der Hausbrandstoffe für die notleidende Bevölkerung auf Reichsstufen vornehmen. Ferner wird sie den Kreis der Empfänger auch auf die alleinlebenden Unterhaltungsberechtigten, zu denen auch die Kleinrentner gehören, ausdehnen. Ob es möglich ist, diese Hilfsmittel noch über diesen Rahmen hinaus zu erweitern, vor allen Dingen in der Verbilligung von Milch und Brot, hängt von dem Ergebnis der Verhandlungen ab, die in diesen Tagen gepflogen werden.

In diesem Zusammenhange muß ich aber ein Wort ernster Mahnung an die Reichstagsausschüsse richten. Ich verziehe durchaus, daß die Volkswirtschaft sich mit allen Kräften um die Beseitigung der wirtschaftlichen Lage ihrer Wähler bemüht. Ich kann es aber nicht mehr als verantwortungsbewußt bezeichnen, wenn man Entschlüsse faßt, die dem Reiche viele Hunderte von Millionen kosten würden, von denen man sich so genau weiß, daß sie bei der ersten Lage der Reichsfinanzen niemals durchgeführt werden können. Durch

Derartige papierne Beschlässe

werden in der Bevölkerung Hoffnungen erweckt, auf deren Erfüllung eine umso größere Enttäuschung folgen muß. — Die zur wirtschaftlichen Beruhigung notwendige Ausschaltung aller absichtlichen Sanktionen hat in der Vergangenheit leider eine große Zahl von Ausnahmebestimmungen nötig gemacht. Ich gestehe offen, daß ich es für verhängnisvoll halten würde, wenn wir in Deutschland auf die Dauer nicht ohne diese scharfen Bestimmungen auskommen könnten. Ich habe deshalb den Herrn Reichspräsidenten gebeten, die zweifelslos einsetzende Beruhigung zum Anlaß zu nehmen, um derartige Ausnahmebestimmungen aufzuheben, um endlich einmal wieder zu normalen Rechtsverhältnissen zurückzukehren. Der Herr Reichspräsident will diesem Vorstoß im Vertrauen auf den gesunden Sinn der ordnungsliebenden Bevölkerung entsprechen, hat dabei aber zum Ausdruck gebracht, daß er nicht zögern würde, eine scharfe Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes zu erlassen, falls er sich in seinen Erwartungen getäuscht sieht.

Den gewerbmäßigen Unruhestiftern

ebenso wie einer gewissen aufreizenden, die Atmosphäre vergiftenden Presse darf ich in diesem Zusammenhang warnend zur Kenntnis bringen, daß eine solche Verordnungsform in Schutzhüllen liegt und in der Tat in ihrer Wirksamkeit eine ausgezeichnete Arbeit darstellt. Ich hoffe, daß ihre Anwendung ebensowenig notwendig werden wird, wie der Einsatz der Wehrmacht. Ich möchte aber auch die staatsfeindliche kommunistische Bewegung nicht im Zweifel darüber lassen, daß die Reichsregierung auch vor drakonischen Ausnahmebestimmungen gegen die kommunistische Partei nicht zurückzusehen wird, falls sie die Forderung der Zügel zur vermehrten Verhinderung der Verdrängung mißbrauchen sollte.

Eine Frage, die dem Wehrminister besonders am Herzen liegen muß, ist

die körperliche und geistige Erleichterung der Jugend.

Ich gehöre allerdings nicht zu den Leuten, die der Jugend jeden Tag einmal erzählen, daß sie das Salz der Erde und die Milde der Nation sei. Das führt nur zu einer Ueberheblichkeit und zu einer äußerlichen und innerlichen Disziplinlosigkeit, die uns in den vergangenen Jahren die Jugend manchmal ungenießbar machte. Wieviel Väter, Mütter und Erzieher haben in diesen Zeiten sorgenvolle Briefe an den Wehrminister gerichtet mit der dringenden Bitte, die allgemeine Wehrpflicht wieder einzuführen. Und in der Tat gibt es keine bessere Schule für die Jugend, um Selbstdisziplin, äußere und innere Beherrschung und Kameradschaft zu lernen. Das ist auch ein Hauptgrund, warum ich mich wieder und wieder

für die allgemeine Wehrpflicht im Rahmen einer Miliz einsetze.

Solange das Diktat von Versailles uns diese wirkliche Übung unmöglich machte, mußten andere Mittel gefunden werden zunächst erschienen die verschiedenen Bünde auf dem Plan und nahmen sich der Erziehung der Jugend an. Dafür soll man ihnen Dank wissen, auch wenn man Auswüchse bekämpfen mußte. Dann hat sich der Staat der Dinge selbst angenommen. Das Kuratorium für Jugendberückichtigung und die Organisation des freiwilligen Arbeitsdienstes sind neben den staatlich unterstützten Sportvereinen aller Art die Früchte dieser Bemühungen. Das Ertrugliche an diesen Einrichtungen ist

die Ueberwindung des Parteigeistes

in einem Maße, daß Parteiführer und Verbandsoberhäupter schon anfangen, unruhig zu werden, und um die Seelen ihrer Schäfchen zu fischen. Keine Kampfmaßnahme gegen die Arbeitslosigkeit kann verhindern, daß mit dem Anbruch des Winters erneut eine erschütternde Zahl junger Deutscher mit dem Schicksal der Arbeitslosigkeit zu ringen hat. Um ihrerwillen ruft die Reichsregierung zum Notwert der deutschen Jugend auf. Die Reichsregierung wird allen geeigneten Einrichtungen, insbesondere auch freiwilligen Kameradschaften jugendlicher Erwerbsloser öffentliche Mittel zur Verfügung stellen, wenn sie gewillt sind, den Teilnehmern gemeinsame Verpflegung, körperliche Übungen und geistige Fortbildung zu verschaffen. Die Erfahrungen von Bünden und Stadtwahlvereinen beweisen, daß das Notwert in großem Ausmaße erfolgreich gestaltet werden kann.

Zwei weitere Dinge denkt die Reichsregierung im kommenden Frühjahr in Angriff zu nehmen:

Das freiwillige Werkjahr der Abiturienten und die freiwillige Bauernhilfe.

Die jugendliche Mittelschicht erweist sich in solchen Bauernwirtschaften, die sich bezahlte Arbeitskräfte nicht halten

können, als mitearbeitende Haus- und Familienangehörige unterbringen soll.

Der Kanzler wandte sich bei Besprechung der künftigen politischen Fragen gegen die drohende Ueberalterung und Vergrößerung unseres Lebensstandes, die Unübersichtlichkeit, ja Planlosigkeit der Organisation des mittleren und höheren Schulwesens und den

Unfang des überflüssigen und deshalb wertlosen Berechtigungswesens.

Er warnte vor der Ueberflutung des Intellektuellen und hob hervor, daß die geistige Erneuerung der Nation, die das Ergebnis der gegenwärtigen Krisenzeit sein müsse, mehr von unten als von oben geleistet werden müsse.

von Schleicher kam dann auf

die Abrüstungsfrage

zu sprechen, wobei er erklärte: Unser Standpunkt war und ist so einfach, einleuchtend und unangreifbar, daß ich nicht nochmals darauf eingehen brauche. Aus mit meinen Kritikern muß ich mich mit einigen Worten auseinandersetzen. Man hat mir im Ausland und, allerdings nur ganz vereinzelt, auch im Inlande vorgeworfen, daß ich in großen Militärstützen marschierte und damit viel diplomatisches Porzellan zertrümmert hätte und daß ich von Aufrüstung gesprochen hätte. Was die große Weisheit anbetrifft, so hat sie einzig und allein darin bestanden, daß ich die Wahrheit offen herausgesagt habe, weil ich das immerhin noch für die beste Art halte, um zu einer Verständigung zu kommen. Was die Aufrüstung anbetrifft, so habe ich immer wieder betont und tue das auch heute, daß wir bereit sind, unsere Wehrmacht nur noch mit Messer und Pappschiff auszurüsten, wenn unsere Nachbarn dergleichen täten. Das steht nicht gerade nach Aufrüstung aus. Ich habe allerdings auch mit aller Deutlichkeit ausgesprochen,

daß deutsche Volk nicht gewillt sei, sich wehrlos dem Hals abschneiden zu lassen, daß keine Wehrmacht ihm also dieselbe Sicherheit garantieren

Nach der Programmrede des Kanzlers

Tiefgehender Eindruck. — Die Aufforderung zur Mitarbeit an alle.

Berlin, 15. Dez. Die Rundfunkrede des Reichskanzlers von Schleicher hat in politischen Kreisen einen außerordentlich günstigen Eindruck gemacht. Allerdings dürften die Kreise enttäuscht sein, die von dem General eine grundlegende Schwankung aus dem bisherigen Regierungskurs erwartet haben. Die Rede zeigt, daß sich in der sachlichen Zielsetzung nichts geändert hat. Das Wesentliche ist aber der Unterschied, der in der psychologischen Behandlung der Probleme zutage tritt. Der Reichskanzler hat mit der Feststellung geschlossen, daß Wille und Mut allein nicht genügen, um sie zu meistern, sondern daß auch Verständnis für das Volk erforderlich ist. Er selbst hat diese Auffassung dadurch bestätigt, daß er nicht über theoretische Prinzipien und zukunftsferne Zielsetzungen sprach, sondern den dem Soldaten eigenen handfesten Wirklichkeitsinn bewies, der sich bemüht auf die eigenen Gegenwartsaufgaben einstellte. So liegt denn auch der Rede des Kanzlers der Gedanke zugrunde, daß es gleichgültig ist, wer zu der Lösung beiträgt. Er sieht vielmehr die Hauptsache darin, daß die Aufgabe überhaupt erfüllt wird. — In einem Punkte kommt die Unangenehmigkeit, mit der General von Schleicher gesprochen hat, ganz besonders zum Ausdruck. Wenn er den Charakter des Präsidialkabinetts unterstrich und keinen Zweifel darüber ließ, daß seine Regierung gegen gewerbmäßige Unruhestifter und ähnliche Mängel mit aller Schärfe vorgehen werde. — Unter den außenpolitischen Fragen, die Reichskanzler von Schleicher berührte, sind zwei Dinge von besonderem Interesse: Das ist einmal die Würdigung des Erfolges, den Freiherr von Neurath in Genf errungen hat. General von Schleicher betonte, daß er schon immer den Gedanken einer allgemeinen Wehrpflicht im Rahmen der Miliz vertreten hat, auch in der Zeit, in der das Diktat von Versailles uns diese Übung unmöglich machte. Mit dieser Verankerung hat der Kanzler den Teil 5 des Versailler Vertrages in die überholte Vergangenheit verwiesen. Es ist der Erfolg von Genf, daß er so sprechen kann. Dabei darf man daran erinnern, daß auch der französische konstruktive Plan denselben Gedanken einer Miliz enthält. So sensationell dieser Passus der Schleicher-Rede im ersten Augenblick vielleicht auch wirken mag, er bringt aber doch nur zum Ausdruck, was auch in dem französischen Plan steht. — Im ganzen genommen bringt man in unterrichteten Kreisen das in der Rede vorgetragene Programm auf die Formel, daß es die Bestrebungen unterfützt, das deutsche Volk durch sich selbst regieren zu lassen, aber zugleich auch alle Maßnahmen bereithält, um einer Schwächung der Staatsautorität zu begegnen.

Die Kanzlerrede in Amerika abgehört

New York, 15. Dez. Die heutige Rundfunkansprache des deutschen Reichskanzlers ist überall in den Vereinigten Staaten verbreitet worden. Sie kam ausgezeichnet herüber, jedes Wort war klar verständlich.

Die Presse zur Schleicher-Rede

Berlin, 16. Dezember. In den Kommentaren der Morgenblätter zu der Rundfunkrede des Reichskanzlers wird fast übereinstimmend hervorgehoben, daß der Eindruck dieser Rede in erster Linie nicht den General, sondern den Politiker erkennen ließ. Eine ganze Anzahl Blätter, die der früheren Reichsregierung Vopen in scharfer Opposition gegenüberstanden, spricht von einem Gegenlag in der Tonart gegenüber Vopen. — So schreibt die „Germania“ unter der Ueberschrift „Ein anderer Ton“: Dort die Vorleser für die schnelle, forche Tonart, hier ein Mann von betnabe leidenschaftlicher Kühnheit, fast gänzlich Verzicht auf rethorischen Glanz, eine Diktion, die mehr an einen Kaufmann als an einen General erinnert. Ein überlegener Strateg, der anscheinend sehr bewußt alle psychologischen und politischen Faktoren in sein Programm eingeschaltet hat. Diese Rede scheint in all ihren Teilen zu bezeugen, daß dieser Kanzler die Klugheit als seines Amtes besseren und wichtigeren Teil von vornherein erkannt hat. Wir glauben durchaus, sagt das Blatt, daß die geistige Kanzlerrede die Entspannung und Beruhigung unserer Politik, die schon der Kanzlerwechsel einleitete, weiter fördern wird. — Das „Berliner Tageblatt“ führt aus, sein offenes Bekenntnis, daß die Staatsführung der Zusammenarbeit mit dem Parlament bedürfte, daß er es ablehne, sich in einen Konflikt hineinzulassen zu lassen, falls notwendig, daß es aber darauf legt, einen anderen Kurs zu

müßte wie jedem anderen.

Der Kanzler gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß Deutschland durch die Genfer Vereinbarung einen großen Schritt vorwärts gemacht habe und daß es dem Reichsaußenminister, dem Reichskanzler Dr. Brüning und Reichskanzler von Vopen dankbar sein müsse für die kluge und erfolgreiche Verteidigung deutscher Interessen. — Das Schicksal der Abrüstungsfrage, erklärte der Kanzler weiter, wird auch für das Schicksal des Räterebundes und für unsere weitere Mitarbeit im Räterebunde von maßgebender Bedeutung sein. Im übrigen sind sich über die Ziele, die wir in der Außenpolitik zu verfolgen haben, im Grunde alle Deutschen einig. Das deutsche Volk will als freie, gleichberechtigte und geachtete Nation im Kreise der Völker den Platz einnehmen, auf den es nach keiner Größe, seiner Vergangenheit und seiner Leistungsfähigkeit Anspruch hat. In nächster Würdigung der politischen Realitäten, zugleich aber auch im Vertrauen auf die gesunde innere Kraft unseres Volkes sind wir bereit zur aufrichtigen freundschaftlichen Zusammenarbeit mit allen den Regierungen, die auch ihrerseits gewillt sind, eine Lösung der offenen internationalen Probleme auf dem Wege gerechter und billiger Verständigung zu suchen.

Der Kanzler richtete an die Verbände, Gruppen und Parteien die Mahnung, daran zu denken, daß sie nicht Selbstgewalt sind und ihre Forderungen nicht verletzen, wenn sie sich der Mitarbeit am Staate entziehen. Das deutsche Volk, erklärte der Redner, wird sich enttäuscht von denjenigen abwenden, denen es im letzten Maße sein Vertrauen geschenkt hat, weil es große positive Leistungen von ihnen erwartete und nicht Taktik und Negation. Demen aber, die da meinen, eine autoritäre Staatsführung könne des Rückhaltes im Volke entbehren, möchte ich entgegenhalten, daß Wille und Mut allein zum Regieren nicht genügen, daß auch Verständnis für das Empfinden des Volkes und das Erkennen des psychologischen Moments dazu gehören. Deshalb wird die von mir geführte Reichsregierung für ihre Arbeit den besten Motte-Spruch: „Erst wägen, dann wagen“ zur Richtschnur nehmen.

Neuern als Herr von Vopen. — Die „D.M.Z.“ meint, daß als

Summe der einzelnen Ankündigungen über die beabsichtigten Maßnahmen weite Kreise der Bevölkerung einen neuen Hoffnungsstimmung auf Beruhigung unter einer gerechten Staatsführung entnommen haben dürften. — Der „Börsewart“ betont, daß die erst gewachte, dann durch politische Kämpfe wieder gestreute Unternehmungslust in Deutschland wieder befestigt werde durch die Versicherung, daß keinerlei Wirtschaftsexperimente zu befechteten seien und daß der Kern des Vopenischen Wirtschaftsprogramms aufrecht erhalten bleibe. — Der „Volksanzeiger“ beschäftigt sich vor allem mit den Ankündigungen des Kanzlers über das Arbeitsbeschaffungsprogramm, dessen Dämme gebaut werden sollten, auch wenn sie nicht hundertprozentig den strengen Gesetzen der wirtschaftlichen Vernunft entsprächen. Das Blatt fragt, ob nicht dabei die ungeheure Gefahr eines Dammbrechens bestehe, nach dem dann alles viel schlimmer sei, als wenn man die Wasser nicht erst künstlich aufgestaut hätte? Rechtzeitig handeln sei gut und nach alter Sozialregel sei oft ein Besiggleiten in der Wahl der Mittel dem Nichts Handeln vorzuziehen. Aber ob diese Sozialregel auch dann gelte, wenn man eine ungeheure Wirtschaftskrise beheben wolle? — Der „Tag“ vermißt eine Antwort auf die entscheidende innerpolitische Frage der Nachauseinanderlegung zwischen dem Parlament und dem Kanzler einer Regierung, die das Recht und die Pflicht habe, Staat und Nation autoritär zu führen. Gerade diese Frage sei schicksalhaft. Kein Kanzler könne einer autoritären Staatsführung, ohne ihrer letzten Entscheidung ausweichen. — Der „Vorwärts“ weist darauf hin, daß der Anlager im Rundfunk nach den Ausführungen des Kanzlers sagte: „Es sprach Herr General von Schleicher“. Das Entschuldigende sei damit schon ausgesprochen. Goebbels habe dem Kanzler Opposition nach Weihnachten angekündigt. Die Sozialdemokratie brauche ihre Opposition nicht erst anzukündigen. Sie mache sie schon und sie werde dabei. Außer der Sozialdemokratie kündigen nur noch die Kommunisten dem Kanzler sofortige unbedingte Opposition an. — Die „Rote Fahne“ bezeichnet die Ausführungen des Kanzlers über die kommunistische Bewegung als eine Kriegserklärung. Der „sozial General“ knallte den Säbel auf den Tisch. Das ganze Volk hört es und wird zu handeln wissen. — Die „Kreuzzeitung“ nennt die Rede ein Programm der Tat und meint, gegenüber Befürchtungen, die nach dem Antritt der neuen Regierung geäußert worden seien und die zweifelslos ernsthafte Aufmerksamkeit auch in Zukunft erfordern, könnten die deutlichen Worte an die Parteien und das parlamentarische System in gewissem Umfange Beruhigung bringen.

Zollbeschlüsse des Reichskabinetts

Berlin, 15. Dez. In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts wurde, wie WTB-Handelsdienst berichtet, beschlossen, die mit dem 31. Dezember ablaufenden Zölle für Zucker, lebende Schweine und Fleisch auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Außerdem stimmte das Kabinett einer Erhöhung der Zollsätze für Korbweiden, und zwar für ungeschälte von 1,25 auf 1,80 und für geschälte von 8 auf 8 RM. je Doppelpentner zu.

Der deutsche Außenhandel im November

Berlin, 15. Dez. Im November hat die Einfuhr (393 Mill. RM.) gegenüber dem Vormonat um 5 Mill. RM. abgenommen. Die Rohstoffeinfuhr ist um 8 Mill. RM. gestiegen, dagegen wird die Lebensmittelaufuhr um 12 Mill. RM. niedriger ausgewiesen. Auch die Ausfuhr (475 Mill. RM.) verzeichnet gegenüber dem Vormonat eine leichte Abnahme und zwar um annähernd 7 Mill. RM. An dem Ausfuhrüberschuss sind jedoch die Fertigwaren nicht beteiligt, deren Absatz sich auf Vormonatshöhe gehalten hat. Vielmehr beruht die Abnahme auf der Minderausfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren um 5 Mill. RM. und von Lebensmitteln um 1,5 Mill. RM. Die Handelsbilanz schließt im November mit einem Ausfuhrüberschuss von 82 (Oktober 84) Mill. RM. ab. Für die elf rückliegenden Monate dieses Jahres ergibt sich ein Ausfuhrüberschuss von 1012 Mill. RM. gegenüber 2624 Mill. RM. im Vorjahre.

Tumultszenen im Berliner Rathaus

Berlin, 15. Dez. Während der heutigen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung kam es zu unbeschreiblichen Tumultszenen. Bei den Ausführungen eines kommunistischen Stadtverordneten wurde plötzlich die Tür zum Sitzungssaal aufgerissen und etwa 25 Frauen drangen unter lautem Geschrei in den Sitzungssaal. Die stützen Ruhe aus wie: „Wir sind die Frauen

der es Winter Die B die W nistlich Eigung menses Eigung Tätigke reits S Bogem einget trifft an Weibha S der Ge aller W aufgefor zu schid ihre pol — Der landstrem Bilanz rungsho rungsho werden Soarge Wohlten einmal reich ob Die D Be nationale dos Reich Landtags aber ihre hatte, fol Die grundlich geschlagen Die Trag Zentrum, gefunden die Ableit erfolgen, der RST bestär geg Regierung und leit regierung Scheinung Die Herria Pa heude nach eruchtet, er, wie es Kabinett bildet w bisherige ins Elyf beantragt Pa Märte Ch Auftrag habe dara präsidenten schwer fal zu bilden habe er einigen E bes morgt teilen. S A sesh E schulden ten, die taunen, S auf insg und zwa Ungarn, Gesamtbe Vor ein W a lungeverm Kongreß e in Bezug verlauret, glich der den nächst legung de Borischlag lamp liegt auf Anmol Wagnaben präsident,